



Grußwort

des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und

ationale Minderheiten,

Herrn Hartmut Koschyk MdB,

anlässlich der Vortragsveranstaltung mit dem Vorsitzenden

des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma,

Herrn Romani Rose

am 2. Oktober 2015

im Rahmen der Interkulturellen Wochen in Bayreuth

Herzlich Willkommen zu dieser Vortragsveranstaltung im Rahmen der Interkulturellen Wochen Bayreuth. Einen herzlichen Gruß entbiete ich dem Redner des heutigen Abends, dem Vorsitzenden des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Herrn Romani Rose.

Die Interkulturellen Wochen 2015 der Stadt Bayreuth stehen in diesem Jahr unter dem Motto: „Vielfalt! Das Beste gegen Einfalt!“.

Wenn sich die Stellung der anerkannten nationalen Minderheit der autochthonen Sinti und Roma in Deutschland in den letzten Jahrzehnten maßgeblich verbessert hat, so ist das in ganz bedeutendem Umfang ein Verdienst von Romani Rose. Bereits in den 1970er Jahren begann sein zivilgesellschaftliches Engagement für die angestammten Rechte der deutschen Sinti und Roma, die trotz der deutschen Staatsbürgerschaft häufig nicht in die bundesrepublikanische Gesellschaft integriert waren und sich vielfältigen Diskriminierungen in nahezu allen Lebensbereichen ausgesetzt sahen. 1982 wurde er zum ersten Vorsitzenden des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma gewählt, dieses Amt bekleidet er bis heute noch.

Die ersten Spuren der Volksgruppe der Sinti und Roma sind in Deutschland bereits im frühen 15. Jahrhundert nachweisbar. Die Geschichte der Sinti und Roma in Deutschland war immer wieder von Ausgrenzung und Verfolgung geprägt, die im nationalsozialistischen Völkermord während des Zweiten Weltkrieges gipfelte. Der beharrlichen Arbeit von Romani Rose ist es zu verdanken, dass sich der Völkermord an den europäischen Sinti und Roma, der Porajmos, durch das nationalsozialistische Regime mittlerweile stärker und nachhaltiger im historischen Gedächtnis unseres Volkes verankert hat.

Scham und Pietät verbieten einen unmittelbaren Vergleich mit dem Holocaust, dem Völkermord an den Juden. Der frühere Bundespräsident Prof. Roman Herzog hat es am 16. März 1997 zutreffend formuliert: "Der Völkermord an den Sinti und Roma ist aus dem gleichen Motiv des Rassenwahns, mit dem gleichen Vorsatz und dem gleichen Willen zur planmäßigen und endgültigen Vernichtung durchgeführt worden wie der an den Juden. Sie wurden im gesamten Einflussbereich der Nationalsozialisten systematisch und familienweise vom Kleinkind bis zum Greis ermordet."

Seit 2012 erinnert ein Denkmal inmitten Berlins, unweit vom Reichstagsgebäude, an dieses Menschheitsverbrechen. Die Errichtung dieses Denkmals ist maßgeblich auf die Initiative von Romani Rose zurückzuführen.

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg verbesserte sich die Lage der Sinti und Roma nur sehr langsam. Alte Vorurteile lebten weiter, Diskriminierungen setzten sich fort. Die Anerkennung als nationale Minderheit und als gleichberechtigte Staatsbürger der Bundesrepublik Deutschland ist untrennbar mit dem Wirken von Romani Rose als Vorsitzender des Zentralrats verbunden. 1982 empfing Bundeskanzler Helmut Schmidt den Zentralrat offiziell im Bundeskanzleramt und bezeichnete die Vernichtung europäischen Sinti und Roma als Völkermord, was Bundeskanzler Helmut Kohl 1985 wiederholte und bekräftigte. Mit der Ratifizierung des Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten des Europarats durch den Bundestag 1997 und seinem Inkrafttreten 1998 verbesserten sich die rechtlichen Rahmenbedingungen für diese Minderheit. Der Zentralrat deutscher Sinti und Roma hat von Anfang an auch die Zusammenarbeit mit den anderen autochthonen Minderheiten in Deutschland – den Dänen, den Friesen und den Sorben – gesucht und ist mit diesen im Minderheitenrat organisiert, dessen zehnjähriges Bestehen wir vor wenigen Tagen in Berlin feiern konnten. Im März 2015 konnten wir nach langen Beratungen endlich beim Bundesministerium des Innern den Beratenden Ausschuss für die deutschen Sinti und Roma einrichten. Dieses Gremium bietet die Gelegenheit zum unmittelbaren Austausch zwischen Vertretern der Sinti und Roma, Mitgliedern des Deutschen Bundestages sowie Vertretern der deutschen Bundesländer. Ich bin dem Bundesminister des Innern, Herrn Dr. Thomas de Maizière, sehr dankbar dafür, dass er die Konstituierung dieses Beratenden Ausschusses selbst vorgenommen und die erste Sitzung eingangs selbst geleitet hat.

Die Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingung auf Bundesebene reicht aber nicht aus. Auf allen politischen Ebenen müssen noch große Anstrengungen unternommen werden, um verfestigte Vorurteile vollständig abzubauen und noch bestehende Diskriminierungen zu beseitigen. Deshalb habe ich Ende Juli dieses Jahres einen Runden Tisch hier in Bayreuth initiiert, damit mehr junge Sinti einen Schulabschluss schaffen und eine Berufsausbildung absolvieren können.

Es hat sich gezeigt, dass hier alle an einem Strang ziehen müssen: Schule, Stadtverwaltung, Arbeitsagentur, Wirtschaft – und natürlich auch die Sinti selbst. Ich bin Herrn Joey Wiegand sehr dankbar, dass er den Anstoß für diesen runden Tisch in Bayreuth gegeben hat.

Die Schlagzeilen von heute sind immer wieder von Roma geprägt, die in letzter Zeit aus den Balkanländern zu uns gekommen sind. Sie sind kein Teil der anerkannten nationalen Minderheit der Sinti und Roma in Deutschland. Trotzdem müssen wir uns in ganz Europa dieser Menschen annehmen und zu einer guten Zukunftsperspektive für sie beitragen. Deshalb bin ich für Initiativen, auch aus den Reihen der deutschen Sinti und Roma, sehr dankbar, die zur Inklusion dieser Menschen in ihren Heimatländern beitragen.

Romani Rose hat mich kurz nach meinem Amtsantritt auf eine solche Initiative hingewiesen. Die altehrwürdige Benediktinerabtei Maria Laach in der Eifel und der Kölner Verein „Kellerladen e.V.“ unterstützen seit Jahren die Roma-Siedlung Habeš in der ostslowakischen Stadt Sečovce. Ich selbst habe im vergangenen Jahr die Siedlung besucht und war wirklich erschüttert von den Zuständen, die ich dort antraf. Gleichzeitig gibt es aber auch Zeichen der Ermutigung, vor allem durch einen Konvent von Ordensschwestern, die sich vor allem der Kinder annehmen. Durch starken, vor allem stetigen politischen Druck ist es zwischenzeitlich auch gelungen, dass die dortige Stadtverwaltung und das Gemeindeparlament, aber auch die slowakische Regierung ihrer Verantwortung nachkommen, so dass in kleinen Schritten Verbesserungen zu verzeichnen sind.

Die Interkulturellen Wochen in Bayreuth sind vor allem ein Forum des Kennenlernens und des Dialogs. Ich würde mich freuen, wenn von unserer heutigen Veranstaltung aus ein Anstoß zur Verstärkung der Verständigung der Bevölkerung Bayreuths mit unseren Mitbürgern aus der Volksgruppe der Sinti und Roma ausgeht.